



>>> SEGEBERG UND STORMARN

Bericht aus Berlin

9/2014

AKTUELLES DER WOCHE

Berlin, 14. November 2014

Sehr geehrte Damen und Herren,

am Wochenende haben wir Deutsche mit unseren Gästen aus der ganzen Welt voller Freude die Maueröffnung vor 25 Jahren gefeiert.

Die Dinge haben sich im November 1989 zum Guten gewendet.

Die Dinge zum Guten wenden heißt sicher nicht, mit der Nachfolgepartei zu paktieren, sondern sich auch ein Vierteljahrhundert danach vorrangig um die Opfer zu kümmern.

Wir haben daher in dieser Sitzungswoche weitere Leistungsverbesserungen für die Opfer des SED-Unrechtsregimes auf den Weg gebracht, die in Haft gerieten oder berufliche Nachteile erlitten haben. Wir werden weiterhin die neuen Länder auf ihrem Weg nach vorn unterstützen und so daran arbeiten, die Folgen von 40 Jahren Sozialismus zu überwinden.

Die Angleichung der Lebensverhältnisse im ganzen Land sollten wir als dauerhafte Aufgabe verstehen.

Ihr

Gero Storjohann

IMPRESSUM

Verantwortlich i.S.d.P.
für diese Seite:
Gero Storjohann MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. (030) 227- 77762
Fax (030) 227- 76762
gero.storjohann@bundestag.de
Internet: www.gero-storjohann.de

Debatte zur Sterbebegleitung

Die Diskussion um das Thema Suizidbeihilfe bewegt die Menschen in unserem Lande.

Es handelt sich um eine emotionale und kontrovers geführte Debatte, die die Frage betrifft, wie unsere Gesellschaft mit Alter, Krankheit und Tod umgeht. Es geht dabei um Menschenwürde, Lebensschutz und das Recht auf Selbstbestimmung, aber auch um das Signal für die Gesellschaft, das wir beim Umgang mit dem menschlichen Leben in der letzten Lebensphase geben.

Eine politische Entscheidung ist gefordert, da sogenannte Sterbehilfevereine derzeit eine rechtliche Lücke nutzen und schwerkranken, aber auch altersmüden und psychisch kranken Menschen in unserem Land geschäftsmäßig und organisiert Beihilfe zum Suizid gewähren. In unserer Fraktion besteht weitgehend Einigkeit, dass die organisierte Sterbehilfe verboten werden soll.

In einer vierstündigen, sehr emotionalen Debatte haben in dieser Woche Abgeordnete aller Fraktionen ihre Einstellung zum Thema Suizidbeihilfe dargelegt.

Dieser Prozess wird sich nach der ersten Orientierungsdebatte in den nächsten Wochen und Monaten fortsetzen. Für das Frühjahr ist eine Anhörung im Deutschen Bundestag geplant. Eine endgültige Verabschiedung streben wir nicht vor Sommer 2015 an, damit ausreichend Zeit bleibt, einen Austausch von Expertise und Argumenten mit besonderer Sensibilität und Intensität zu ermöglichen.

Einigkeit besteht, dass den Menschen am Ende des Lebens bessere medizinische und psychologische Begleitung zur Seite gestellt werden muss. Wir wollen daher die Palliativmedizin und das Hospizwesen flächendeckend ausbauen.

Kinderpornografie wirksam bekämpfen und härter bestrafen.

In dieser Woche setzen wir Forderungen der CDU/CSU-Bundesfraktion nach einem besseren Opferschutz um. Mit dem Gesetzesbeschluss zum Sexualstrafrecht schützen wir insbesondere Kinder und Jugendliche besser vor sexuellem Missbrauch. Verbessert wird der Schutz der Intimsphäre vor Verletzung durch Bildaufnahmen – vor allem durch Nacktbilder. Im Hinblick auf die offenkundig gewordenen Schutzlücken werden insbesondere die unbefugte Herstellung, Verbreitung und das Gebrauchen von Nacktaufnahmen unter Strafe gestellt.

Zudem werden künftig, wie von uns seit langem gefordert, Minderjährige vor sexuellen Übergriffen in Abhängigkeitsverhältnissen besser geschützt. Wir schließen die Strafbarkeitslücke für die Fälle, in denen Vertretungslehrer eine sexuelle Beziehung zu ihren minderjährigen Schülern eingehen. Ebenfalls haben wir durchgesetzt, dass minderjährige Kinder vor sexuellen Handlungen der mit ihnen in einem Haushalt lebenden Personen besonders zu schützen sind.

Zur Verbesserung des Opferschutzes wird die strafrechtliche Verjährung von verschiedenen Delikten künftig nicht schon ab dem 21. Lebensjahr, sondern erst ab dem 30. Lebensjahr des Opfers beginnen. Schwere Sexualdelikte können damit nicht vor Vollendung des 50. Lebensjahres des Opfers verjähren, so dass die häufig stark traumatisierten Opfer Zeit haben, das Geschehene zu verarbeiten. Zudem wird der Strafrahmen beim Besitz kinderpornografischer Schriften und bei der Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs durch Bildaufnahmen erhöht. Auch macht sich zukünftig strafbar, wer kinder- und jugendpornografische Live-Darbietungen veranstaltet oder besucht.

Bahnstreik kommt Industrie teuer zu stehen.

Nach Schätzungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) kommen auf die deutsche Industrie durch Streiks im Güterverkehr Belastungen in Millionenhöhe zu.

Ab einer Streiklänge von mehr als drei Tagen sei mit Produktionsunterbrechungen zu rechnen. Selbst wenn alle Möglichkeiten der Verlagerung auf andere Verkehrsmittel, der terminlichen Verschiebung und dem Aufbau zusätzlicher Lagerkapazitäten bestmöglich ausgenutzt werden, liege der Schaden immer noch bei über 50 Millionen Euro pro Tag und könne anderweitig auf täglich bis zu über 100 Millionen Euro ansteigen. Momentan werden in Deutschland 17 Prozent des gesamten Güterverkehrs über die Schiene abgewickelt.

(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln)

TERMINAUSWAHL

- | | | |
|--------|-------|--|
| 15.11. | 10:00 | CDU Landesparteitag mit Vorstandswahlen, Holstenhallen Neumünster |
| 18.11. | 12:30 | Mittagsgespräch des Wirtschaftsrates Segeberg zur Zukunft des Zeitungsmarktes, Norderstedt |
| 19.11. | 16:00 | Aktuelle Entwicklungen an der Fehmarnbelt-Achse, IHK Lübeck |
| 21.11. | 18:30 | Mitgliederversammlung der Europa Union Segeberg, Teegens Gasthof Leezen |
| 22.11. | 09:00 | Klausurtagung der CDU Seth, Dunkers Gasthof Mözen |